



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI

Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ

Politische Bildung in der Schweiz Positionspapier

**Eidgenössische Kommission für
Kinder- und Jugendfragen (EKKJ)**

Bern, August 2023

Inhalt

Inhalt	2
Das Wichtigste in Kürze	3
1 Einleitung	4
2 Definition	5
2.1 Was verstehen wir als politische Bildung?.....	5
2.2 Wo findet politische Bildung statt?	6
3 Welchen Nutzen bringt politische Bildung?.....	7
Forderungen EKKJ – Rolle der politischen Bildung	9
4 Situation in der Schweiz	9
4.1 Rechtliche Grundlagen der politischen Bildung	10
4.1.1 Primarstufe und Sekundarstufe I	10
4.1.2 Sekundarstufe II.....	12
4.1.3 Tertiärstufe.....	12
4.1.4 Ausserschulische Bildung	13
4.2 Aktuelles zur politischen Bildung in der Schweiz.....	13
4.2.1 Laufende Bestrebungen in der Schweiz.....	13
Forderungen EKKJ – Situation in der Schweiz	15
5 Handlungsfelder	15
5.1 Formale Bildung.....	16
Forderungen EKKJ – formale Bildung	19
5.2 Non-formale Bildung	19
Forderungen EKKJ – non-formale Bildung	21
5.3 Informelle Bildung	21
6 Fazit	21

Das Wichtigste in Kürze

Die EKKJ ist von der Bedeutung der politischen Bildung für eine demokratische Gesellschaft überzeugt. Für das nachhaltige Funktionieren der schweizerischen Demokratie muss die politische Bildung von Kindern und Jugendlichen weiter verbessert und gefördert werden. Dazu braucht es weiteres Engagement der Politik und Akteure in der Bildungslandschaft. Das Wissen über Politik und das politische System und das Verfügen über die notwendigen Kompetenzen können zu mehr gesellschaftlichem und politischem Engagement führen. Politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen trägt ihrerseits zur politischen Bildung bei. Gerade bei jungen Menschen ist das Interesse an Politik allgemein oder an einem politischen Thema ein wichtiger Motivationsfaktor für politische Partizipation. Politische Bildung kann das Interesse an Politik und Demokratie gerade durch eine an der Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schülern orientierte Bildung wecken.

Heute bilden die sprachregionalen Lehrpläne in der Schweiz eine gute Grundlage für eine wirksame politische Bildung in der Schule. Eine Studie der EKKJ zeigt jedoch, dass sich die Jugendlichen eine national einheitliche und früher einsetzende politische Bildung wünschen. Der Bedeutung der Lehrpersonen für die politische Bildung muss Rechnung getragen werden. Insbesondere sieht die EKKJ Bedarf, die Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen in der politischen Bildung weiter auszubauen.

Auch die non-formalen Bildungsangebote spielen bereits heute eine wichtige Rolle in der politischen Bildungslandschaft der Schweiz. Viele ausserschulische Angebote richten sich an Kinder und Jugendliche und stellen einen wichtigen Pfeiler der politischen Bildung dar. Jedoch müssen die Hürden für die Teilnahme an solchen Angeboten gesenkt werden. Dies bedeutet zum einen, Hürden in den einzelnen Angeboten zu identifizieren und, wo möglich, die Zugänge zu erleichtern. Andererseits ist es wichtig, funktionierende Angebote in ländlichen und peripheren Regionen zu etablieren. Dafür ist eine gesicherte Finanzierung unabdingbar. Schliesslich erscheint es der EKKJ auch zentral, die vielfältigen Formen des politischen Engagements von Kindern und Jugendlichen anzuerkennen, um das Engagement junger Menschen langfristig zu stärken.

1 Einleitung

Politische Bildung ist ein sogenannter Dauerbrenner, der in der politischen Diskussion immer wieder auftaucht. Es gibt einen erkennbaren Konsens darüber, dass unser politisches System und die Gesellschaft insgesamt auf eine engagierte und partizipierende Bevölkerung angewiesen sind, und dass dazu auch die Befähigung im Rahmen der politischen Bildung gehört.

In der politischen Bildung geht es vor allem darum, Kinder und Jugendliche zu befähigen, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen und sie damit in ihrer gesellschaftlichen und politischen Integration zu unterstützen. Politische Bildung endet nicht im Kindes- und Jugendalter, sondern ist ein lebenslanger Lernprozess, der je nach Alter in unterschiedlichen Kontexten stattfindet.

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ greift dieses Thema im vorliegenden Positionspapier auf, da auf politischer Ebene immer wieder gefordert wird, dass die politische Bildung wichtig ist und gestärkt bzw. gefördert werden soll – sei es im Rahmen von politischen Vorstössen, z.B. zum Stimmrechtsalter 16, oder in der Diskussion um die generelle Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen am politischen Geschehen. Für die EKKJ ist politische Bildung ein zentraler Pfeiler des politischen Systems und gewissermassen eine Grundvoraussetzung für die Wahrnehmung des verbrieften Kinderrechts auf Partizipation. Während es in der breiten Diskussion oft um die Befähigung zur formellen, institutionellen Partizipation geht, soll politische Bildung aus Sicht der EKKJ alle Menschen erreichen, auch jene ohne Schweizer Bürgerrecht, denn aktive Partizipation beschränkt sich nicht allein auf das Stimm- und Wahlrecht.

Im vorliegenden Positionspapier werden nach einer Definition und Abgrenzung des Begriffs und einer kurzen Erläuterung des Nutzens der politischen Bildung die rechtlichen Grundlagen der politischen Bildung sowie ein Überblick über die aktuellen Entwicklungen in der Schweiz dargelegt. Anschliessend werden Handlungsfelder beschrieben, die aufzeigen sollen, wo aus Sicht der EKKJ Lücken und ungenutzte Potenziale in der politischen Bildung bestehen. Daraus werden Empfehlungen für Verbesserungen abgeleitet.

Entsprechend dem Auftrag der EKKJ liegt der Fokus auf der politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen bis 25 Jahre.

2 Definition

2.1 Was verstehen wir als politische Bildung?

Der Begriff «politische Bildung» kann auf unterschiedliche Weise definiert werden. Politische Bildung ist äusserst vielfältig und reicht von der «Staatskunde» in der Schule über das Engagement in einem Verband oder Verein und den Besuch einer öffentlichen politischen Informationsveranstaltung bis hin zu Gesprächen am Familientisch.

Die EKKJ stützt sich für dieses Positionspapier auf die Definition der Europarats-Charta zur politischen Bildung und Menschenrechtsbildung:

«'Politische Bildung' (Education for Democratic Citizenship): Bildung, Ausbildung, Bewusstseinsbildung, Information, Praktiken und Aktivitäten, deren Ziel es ist, Lernende durch die Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Verständnis sowie der Entwicklung ihrer Einstellungen und ihres Verhaltens zu befähigen, ihre demokratischen Rechte und Pflichten in der Gesellschaft wahrzunehmen und zu verteidigen, den Wert von Vielfalt zu schätzen und im demokratischen Leben eine aktive Rolle zu übernehmen, in der Absicht, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern und zu bewahren.»¹

Die vielfältigen Angebote der politischen Bildung, die in ganz unterschiedlichen Kontexten stattfinden, haben immer einen gemeinsamen Nenner: Die Befähigung der Menschen, ihre demokratischen Rechte und Pflichten wahrzunehmen (z.B. wählen und abstimmen, sich in die Gesellschaft einbringen etc.) und die Stärkung der politischen Handlungskompetenz (Meinungsbildung und -äusserung, Kompromissbereitschaft, Toleranz, Konfliktfähigkeit, Partizipationsfähigkeit und -bereitschaft etc.)

Es geht nicht primär darum, reines Wissen über die «Anatomie» des Staates² zu vermitteln, sondern vielmehr um die Vermittlung von Kompetenzen in Kombination mit dem notwendigen Wissen, damit sich Menschen in politische Prozesse einbringen und ein eigenes Urteil über gesellschaftliche Fragen bilden können³. Neben dem Wissen über den Staatsaufbau und die Institutionen soll demnach aufgezeigt werden, wo und wie notwendige Informationen beschafft, bewertet und argumentativ verwertet werden können, welche Möglichkeiten der Mitwirkung es gibt (am besten direkt erleben statt nur darüber sprechen) und was es braucht, damit eine Lösung für gesellschaftliche Herausforderungen gefunden werden kann.

Gerade im direktdemokratischen System der Schweiz ist es angesichts der Vielfalt der Abstimmungsvorlagen wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger informiert und fähig sind, sich eine eigene Meinung zu bilden, um aktiv am politischen Leben teilnehmen zu können, sei es in institutionellen wie in nicht institutionellen Formen. Andererseits sollen sie aber auch in der

¹ Europarat (2014). [Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung. Empfehlung CM/Rec \(2010\)7 des Ministerkomitees des Europarats an die Mitgliedstaaten](#) (verabschiedet vom Ministerkomitee am 11. Mai 2010 anlässlich der 120. Versammlung). Strasbourg Cedex: Council of Europe Publishing, April.

² Oser, Fitz; Reichenbach Roland (2000). [Politische Bildung in der Schweiz. Schlussbericht](#). Studien + Berichte. Bern: Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK).

³ In Anlehnung an: Vereinigung der Schweizer Hochschuldozierenden (2017). [Politikwissenschaft und politische Bildung. Bulletin](#), 43 (1).

Lage sein, das politische Geschehen kritisch zu hinterfragen und abweichende Meinungen zu akzeptieren und zu respektieren. Auf diese Weise – und dies setzt ein gewisses Mass an politischer Bildung voraus – kann der gesellschaftliche Zusammenhalt und das Verständnis für das bewährte politische System nachhaltig gestärkt bzw. gefördert werden. **Mit politischer Bildung ist auch die Erwartung verbunden, dass die politische Partizipation zunimmt, dass also mehr Menschen ihre Rechte wahrnehmen und sich gesellschaftlich und politisch engagieren. Politische Bildung wird gewissermassen als Grundvoraussetzung für Partizipation angesehen, wobei aktive Partizipation im Sinne eines Rückkopplungseffektes auch die politische Bildung positiv beeinflusst.**

2.2 Wo findet politische Bildung statt?

Um besser zu verstehen, wo politische Bildung stattfindet, kann sie in Anlehnung an das Bundesgesetz über die Weiterbildung in drei unterschiedliche, gleichwertige und sich ergänzende Formen eingeteilt werden: (1) formale, (2) non-formale und (3) informelle politische Bildung.

Formale Bildung lässt sich als Bildungsform in einem staatlich geregelten, **institutionalisierten Rahmen** beschreiben. Sie findet insbesondere in einer (anerkannten) Bildungseinrichtung wie beispielsweise Primar- und Sekundarschule (obligatorische Schule), Berufsschule, Hochschule oder Universität statt, wo klar definierte Lernziele und Lehrpläne existieren. Formale Bildung ist insofern von grosser Bedeutung, weil alle Kinder die obligatorische Schule durchlaufen und dadurch ein strukturiertes Umfeld zum Lernen vorfinden.

Beispiele: Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) als fächerübergreifendes Thema auf Primar- und Sekundarstufe, «Staatskunde-Unterricht» im Rahmen des obligatorischen Schulunterrichts (Sekundarstufe I), Allgemeinbildung an Gymnasium oder Berufsschule (Sekundarstufe II), Erwerb von weiteren Kompetenzen an Fachhochschule oder Universität (Tertiärstufe)

Non-formale Bildung findet grundsätzlich **ausserhalb institutionalisierter Bildungseinrichtungen** statt und wird daher häufig als ausserschulische Bildung bezeichnet. Das Lernen basiert auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, es ist zielgerichtet und den individuellen Interessen angepasst. Eine Überprüfung von Lernzielen findet im Unterschied zur formalen Bildung häufig nicht statt, was jedoch angebotsabhängig ist.

Beispiele: Mitwirken in einer Partei/Jungpartei, in einem Jugendparlament oder Jugendforum (z.B. SAB), in der Jugendarbeit, in Kindertagesstätten mit Bildungszielen, Kurse mit Lernprogrammen, Nicht-Regierungsorganisationen (z.B. Terre des Hommes Suisse, Pfadibewegung usw.), easyvote, Discuss-it, usw.

Informelle Bildung gilt als Nebenprodukt, denn sie findet in der Regel in **Alltagssituationen** und daher oft auch unbewusst statt. Dabei werden Kompetenzen der politischen Bildung in alltäglichen Situationen des gesellschaftlichen Zusammenlebens erworben, die sich häufig an den individuellen persönlichen Interessen orientieren. «Learning by doing» kann in diesem Zusammenhang als wichtiges Stichwort genannt werden.

Beispiele: Familien- und Freundeskreis (Gespräche, Diskussionen usw.), berufliche Erfahrungen, Alltagssituationen, (Sport-)Verein, Musikgesellschaften (Chöre und Blasmusikvereine), Feuerwehr und Samaritervereine usw.

Politische Bildung findet nicht nur im Rahmen der formalen Bildung statt⁴, sondern auch in der non-formalen oder informellen Bildungsbereichen⁵. Entscheidend ist, dass alle drei Formen als gleichwertig verstanden werden. Der formalen Bildung kommt insofern in der politischen Bildung eine zentrale Rolle zu, als politische Bildung in einer Demokratie als Teil des Bildungsauftrages der Schule verstanden werden soll⁶. Je nach Lebenslauf und Interesse einer Person haben die einzelnen Formen der Bildung unterschiedliche Stellenwerte in der Bildungslaufbahn.

3 Welchen Nutzen bringt politische Bildung?

Die Politik in der Schweiz ist demokratisch organisiert und basiert auf der Mitsprache und Mitbestimmung der Bevölkerung. Wer in der Schweiz lebt, verfügt über zahlreiche Mitsprache- und Beteiligungsrechte. Die demokratischen Rechte ermöglichen, wenn auch für Menschen ohne formales Stimmrecht eingeschränkt, die aktive Mitgestaltung des eigenen Lebensumfeldes. Um diese Rechte wahrnehmen zu können, braucht es verschiedene Kompetenzen. Genau hier soll die politische Bildung ansetzen und durch die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen und das Bereitstellen von Übungsräumen die Möglichkeit zur Mitbestimmung bereits im frühen Kindesalter schaffen. Sie soll aber nicht nur das Recht auf Beteiligung und Anhörung gemäss der UN-Kinderrechtskonvention verwirklichen, sondern auch das Interesse wecken, sich aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben zu beteiligen.

Aus Sicht der EKKJ sind kritisch reflektierende und politisch mündige Kinder und Jugendliche eine wichtige Grundlage für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Schweizer Gesellschaft. Daher ist die aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftlichen und politischen Leben sehr erwünscht. **Politische Bildung kann die Partizipationsbereitschaft von Kindern und Jugendlichen positiv beeinflussen, und zwar insbesondere bei jenen Jugendlichen, die sich aufgrund ihrer familiären Herkunft gar nie mit Politik auseinandergesetzt hätten⁷.**

Inwiefern politische Bildung in der Schule einen direkten Einfluss auf die Partizipation hat, ist wissenschaftlich nicht eindeutig belegt. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass – wenn es gelingt, im Rahmen der politischen Bildung das Interesse zu wecken – das

⁴ éducation21. *Politische Bildung und Menschenrechtsbildung*, <https://www.education21.ch/de/bne/zugaenge/politische-bildung> (konsultiert am 13.3.2023).

⁵ Bundesrat (2021). *Politische Bildung in der Schweiz – Gesamtschau. Entwicklung 2018–2021 der politischen Bildung in der Schweiz (Aktualisierung des Berichts des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 16.4095 vom 14. November 2018)*. Bern: SBFI, November.

⁶ Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung GPJE (2004). *Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen. Ein Entwurf*. Schwalbach/Ts.: WOCHENSCHAU Verlag. 9.

⁷ Lange, Dirk; Onken, Holger; Korn, Tobias (2013). *Politikunterricht im Fokus. Politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen. Empirische Studie*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Politik und Gesellschaft.

Partizipationsverhalten positiv gestärkt wird^{8, 9}. Damit die demokratischen Rechte auch tatsächlich wahrgenommen werden können, bedarf es einer gewissen Grundbildung, die im Rahmen der politischen Bildung vermittelt werden soll¹⁰. Hinzu kommt, dass ein fundierteres Wissen über die politische Entscheidungsfindung oft auch das Verständnis für gefällte Entscheidungen erhöht respektive das Bewusstsein für die Wichtigkeit der behandelten Themen schärft¹¹.

Mit politischer Bildung lassen sich dank der Auseinandersetzung mit Kinder- und Menschenrechten demokratische Werte und Prinzipien wie Toleranz, Respekt, Kompromiss-, Konsens- und Konfliktfähigkeit, Menschenwürde, pluralistische Debatte und Interessenausgleich gezielt vermitteln. Das führt letztlich zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der politischen Kultur und des gesellschaftlichen Zusammenhalts¹².

Durch politische Bildung werden junge Menschen in die Lage versetzt, für sich Entscheidungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Soziales, Steuern, Gesundheit, Umwelt usw. zu treffen. Es zeigt sich, dass junge Erwachsene das fehlende Wissen über Politik als Hinderungsgrund angeben, sich nicht für ein politisches Amt zur Verfügung zu stellen¹³. Auch das Fehlen von Kompetenzen zur Meinungsbildung und -vertretung, die Teil der politischen Bildung sind, wird von Jugendlichen als Grund angegeben, warum sie nicht politisch partizipieren.¹⁴ In diesem Sinne dient politische Bildung auch zur Ermächtigung sich in institutionellen und zivilgesellschaftlichen Gremien zu engagieren. Dieses Engagement ist für den längerfristigen Erhalt der staatlichen Milizstrukturen wichtig.

Politische Bildung und die daraus folgende politische Partizipation können einen positiven Effekt auf die öffentliche Gesundheit haben. Wer mitbestimmen darf und sich seiner Rolle als Mitglied einer pluralistischen Gesellschaft bewusst ist, hat in der Regel ein höheres Selbstvertrauen, empfindet Selbstwirksamkeit¹⁵ und fühlt sich dem eigenen Lebensraum stärker verbunden¹⁶.

Politische Bildung trägt auch dazu bei, dass sich insbesondere junge Menschen kritisch mit Informationen und deren Quellen auseinandersetzen, was gerade im Hinblick auf Desinformation an Bedeutung gewinnt. Damit sich junge Menschen eine eigene Meinung

⁸ Rothenbühler, Martina; Ehrler, Franziska; Kissau, Kathrin (2012). [CH@YOUPART. Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz](#). Bern: SBFJ.

⁹ Koller, Daniela (2017): [Politische Bildung im Schulunterricht: Partizipationsfördernd oder eher abschreckend?](#) In: Politikwissenschaft und politische Bildung. Bulletin, 43 (1). Forch: Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden. 19.

¹⁰ Zamora Patrik, Schaefroth Carol, Röder Claudia (2020). [Die Politische Bildung in der Schweiz](#). Bern: Anny-Klawwa-Morf-Stiftung. 4.

¹¹ Stadelmann-Steffen, Isabelle; Koller, Daniela; Sulzer, Linda (2015). [Politische Bildung auf Sekundarstufe II. Eine Bilanz. Expertenbericht im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation SBFJ](#). Bern: SBFJ..

¹² Waldis, Monika (2017): [Politische Bildung heute: Schweizerisches Bildungssystem vor einer herausfordernden Aufgabe](#). In: Politikwissenschaft und politische Bildung. Bulletin, 43 (1). Forch: Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden. 11.

¹³ Derungs, Curdin; Wellinger, Dario (2019). [PROMO 35. Politisches Engagement von jungen Erwachsenen in der Gemeinde-exekutive – Analysen und Stossrichtungen](#). Chur: HTW Chur Verlag.

¹⁴ Nef, Susanne; Gisiger, Jasmin; Frigo Charles, Olivia; Gertel, Ethan; Pizzera, Michele; Suppa, Anna; Streckeisen, Peter (2022). [Politische Partizipationsformen und Motivation von Jugendlichen sich zu engagieren](#). Beiträge zur Sozialen Sicherheit. Forschungsbericht Nr. 15/22. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen BSV.

¹⁵ Pädagogische Hochschule Zürich, <https://phzh.ch/de/Dienstleistungen/materialien-fuers-schulfeld/planungshilfen-gesundheit-praevention/glossar/selbstwirksamkeit/> (konsultiert am 11.4.2023) und Nef et al. 2022 (vgl. Fussnote 14)

¹⁶ Broschüre Gesundheitsamt Graubünden: «Mitmischen, bitte!». Wegweiser für die partizipative Dorf-, Stadt- und Quartierentwicklung zur Stärkung der Gesundheit und Lebensqualität.

bilden können, ist es zum einen wichtig, dass Informationen für sie verständlich und leicht zugänglich sind, zum anderen benötigen sie dafür Medienkompetenz, die im Rahmen der politischen Bildung vermittelt werden muss. Insbesondere für die Ausübung direktdemokratischer Rechte ist die Fähigkeit zur eigenen Meinungsbildung und zum kritischen Umgang mit Quellen von grosser Bedeutung.

Forderungen EKKJ – Rolle der politischen Bildung

- Die politische Bildung ist essentiell für die Demokratie. Dem gilt es, Rechnung zu tragen.
- Politische Bildung soll neben der Vermittlung von Wissen und Kompetenzen auch das Interesse an Politik und politischen Fragen wecken. Dies gelingt am besten, wenn die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt wird und von alltagsnahen Beispielen ausgegangen wird.
- Politische Bildung sollte mit Partizipationserfahrungen verbunden sein. Dabei sollte es sich um echte, d.h. wirksame Partizipation handeln. Pseudo-Partizipation wirkt demotivierend und ist zu vermeiden. Selbstwirksamkeitserfahrungen hingegen stärken die Motivation.

4 Situation in der Schweiz

Die institutionelle und rechtliche Verankerung der politischen Bildung in der Schweiz ist dezentralisiert und folgt dem Subsidiaritätsprinzip. Im Bildungswesen teilen sich Bund und Kantone die Zuständigkeit (vgl. Art. 61a BV). Für das Schulwesen sind die Kantone verantwortlich, für die Berufsbildung ist es der Bund. Die Kantone stellen über die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) die Koordination untereinander sicher. Im März 2023 wurde zudem die interkantonale Fachkonferenz Citoyenneté (IFC) gegründet¹⁷, die als beratendes und vernetzendes Organ agieren soll¹⁸.

Auf Bundesebene ist das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) die Fachbehörde, die für die Vorbereitung und Umsetzung der Schweizer Politik in Bezug auf das Bildungssystem, die Forschung und die Innovation zuständig ist.

Das Thema der politischen Bildung war Gegenstand jüngster Massnahmen zur Gestaltung des Unterrichts, sowohl im Rahmen der Rahmenlehrpläne und der Ausbildung¹⁹ als auch im Zusammenhang mit der Entwicklung der gymnasialen Maturität (Leitlinien für Kantone und Gymnasien). Der Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats Caroni (Politische Bildung in der Schweiz – eine Gesamtschau²⁰) vom November 2021 gibt einen Überblick über

¹⁷ [Fachkonferenz Citoyenneté – ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit](https://chstiftung.ch/programme-projekte/fachkonferenz-citoyennete), <https://chstiftung.ch/programme-projekte/fachkonferenz-citoyennete> (konsultiert am 11.4.2023)

¹⁸ Schori, Philipp; Arens, Alexander (2021). *Arbeitsprogramm 2021–2024: Den Föderalismus leben. Strategische Hauptziele für die kommenden vier Jahre*. Bern: ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit. 14.

¹⁹ Vgl. Thesen der Expertengruppe zur politischen Bildung auf der Sekundarstufe II im Auftrag des SBFI von 2019: <https://www.sbfi.admin.ch/content/dam/sbfi/de/dokumente/2019/10/politische-bildung.pdf> (konsultiert am 11.4.2023)

²⁰ Bundesrat (2021), vgl. Fussnote 5

die Aktivitäten und Massnahmen nach Bundesdepartementen und fasst gute Praktiken auf verschiedenen Ebenen im Bereich der politischen Bildung zusammen.

4.1 Rechtliche Grundlagen der politischen Bildung

Mit dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes (**UN-Kinderrechtskonvention**; [SR 0.107](#)), welches die Schweiz im Jahr 1997 ratifizierte, sichert sie in Artikel 12 Kindern ein Mitspracherecht in sie betreffende Angelegenheiten ein. Es heisst darin wortwörtlich:

«Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äussern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen [...].»

Eine weitere relevante Rechtsgrundlage findet sich in Art. 41 Abs. 1 lit. g der **Bundesverfassung** (BV; [SR 101](#)), wo es heisst:

*«Bund und Kantone setzen sich in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative dafür ein, dass [...] Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu selbständigen und sozial verantwortlichen Personen gefördert und **in ihrer sozialen, kulturellen und politischen Integration unterstützt** werden.»*

Sowohl aus der Kinderrechtskonvention als auch aus der Bundesverfassung lässt sich ein Bildungsauftrag für die öffentliche Hand ableiten. Damit ein Kind seine Rechte wahrnehmen kann, muss es dazu befähigt werden. Nachfolgend wird dargelegt, wie die politische Bildung innerhalb der verschiedenen Stufen geregelt ist.

4.1.1 Primarstufe und Sekundarstufe I

Die obligatorische Schule und damit die Festlegung der Lehrpläne ist Sache der Kantone. Innerhalb der drei Sprachregionen haben sich drei sprachregionale Lehrpläne entwickelt, die alle über Bildungsinhalte zur politischen Bildung verfügen.

In der Deutschschweiz gilt der Lehrplan 21. Dieser sieht kein spezifisches Fach «Politik» vor. Vielmehr enthält er über die drei Zyklen (1.–3. Klasse, 4.–6. Klasse und 7.–9. Klasse) verschiedene Kompetenzen, welche Teil der politischen Bildung sind. Beispielsweise lernen Kinder in den ersten zwei Zyklen Grundlegendes über politische Prozesse (vgl. Lehrplan 21: NMG.10.5²¹). Die Schülerinnen und Schüler sollen lernen, sich aktiv im Klassenrat und ganz generell ihre Interessen einzubringen. Im dritten Zyklus dreht sich der Unterricht beispielsweise um die Gewaltentrennung, die Regierungsformen, Kinder- und Menschenrechte und die kontroverse Auseinandersetzung mit aktuellen Herausforderungen.

Die politische Bildung im Plan d'études romand (PER) legt den Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen und die Teilnahme an gemeinsamen Projekten. Die Schülerinnen und Schüler werden angeregt, kritisch zu denken, Zusammenhänge zu verstehen und Perspektiven zu wechseln. Sie engagieren sich in einmaligen oder

²¹ https://v-fe.lehrplan.ch/lehrplan_printout.php?k=1&fb_id=6&f_id=1&kb_id=10 (konsultiert am 11.4.2023)

längerfristigen Aktionen. Auf diese Weise erwerben sie eine systemische Perspektive auf Probleme. In den Geistes- und Sozialwissenschaften wird die politische Bildung durch Themen, die die Ausübung der Demokratie fördern (Tag der Kinderrechte, Agenda 21, Genderfragen) und durch Methoden wie Debatten oder Abstimmungen in der Klasse umgesetzt. Politische Bildung trägt zur Entwicklung verschiedener transversaler Kompetenzen bei und wird häufig mit der Sensibilisierung für Menschenrechte und der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung in Verbindung gebracht.

Im Tessiner Lehrplan für die obligatorische Schule ist «Politische Bildung, Kultur und Gesellschaft» einer von vier Themenbereichen der Allgemeinbildung. Die Themen werden jeweils nach drei methodologischen Ausrichtungen gelehrt: Partizipation, Bewusstsein und Eigenverantwortung; Förderung der Entscheidungsfähigkeit sowie fächerübergreifendes und überfachliches Lernen. Die Ziele der politischen Bildung bestehen darin, fachübergreifenden Kompetenzen wie beispielsweise Zusammenarbeit, Kommunikation und Entwicklung von kritischem Denken zu vermitteln, aber auch spezifische Kompetenzen, die mit der Beziehung zwischen Mensch und Gesellschaft zusammenhängen, und die in den Umweltunterricht in den ersten zwei Zyklen einfließen. Im dritten Zyklus liegt der Fokus auf dem Erwerb von spezifischen Kompetenzen in politischer Bildung, Staatskunde und Demokratie. Schwerpunktthemen sind Politik und Institutionen sowie Demokratie und die Herausforderungen der heutigen Gesellschaft. Zudem wird das Engagement und die Mitbestimmung in der Klasse, in Schülerparlamenten, in konkreten Abstimmungsbeispielen und in einer grösseren Gemeinschaft gefördert.

Obschon auf Bundesebene eine Harmonisierung der Bildung über alle Kantone angestrebt und mit den sprachregionalen Lehrplänen auch realisiert wird, gibt es bei der Umsetzung der politischen Bildung kantonale Unterschiede. Die Kantone Tessin, Aargau und Basel-Stadt kennen zum Beispiel ein eigenes Fach «Politik». Neben den kantonalen Unterschieden variiert die politische Bildung auch zwischen verschiedenen Lehrpersonen, welche ihren Unterricht selbstständig gestalten²². Eine Umfrage unter Lehrpersonen der Sekundarstufe II hat ergeben, dass der Lehrplan für die Vorbereitung des Unterrichts eine untergeordnete Rolle einnimmt. Es ist anzunehmen, dass dies auch für Lehrpersonen der Sekundarstufe I der Fall sein dürfte²³. Für die Beurteilung des Einflusses der sprachregionalen Lehrpläne auf die politische Bildung ist es noch zu früh, da es an systematisch erhobenen Erfahrungswerten fehlt.

²² Reinhardt, Volker (2010). [Demokratiepädagogik und politische Bildung. Der pragmatische Ansatz in der Schweiz](#). In: Gloe, Markus; Reinhardt, Volker (Hrsg.). Politikwissenschaft und Politische Bildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 210.

²³ Koller, Daniela (2017). [Politische Partizipation und politische Bildung in der Schweiz. Eine empirische Untersuchung des Partizipationsverhaltens junger Erwachsener in der Schweiz](#). Bern: Universität Bern. 316.)

4.1.2 Sekundarstufe II

Die Sekundarstufe II gliedert sich in allgemeinbildende und berufsbildende Angebote. Zu den allgemeinbildenden Angeboten gehören die gymnasiale Maturität und die Fachmittelschulen, zu den berufsbildenden die berufliche Grundbildung (Lehre).

Die gymnasiale Maturität und die Fachmittelschulen sind kantonal geregelt. Die Lehrpläne werden von den einzelnen Kantonen erlassen, wobei die EDK einen Rahmenlehrplan zur Verfügung stellt. Der Rahmenlehrplan für die Maturitätsschulen beschreibt unter dem Titel «Mündig werden» das Ziel, Grundkompetenzen zu vermitteln, die es den Jugendlichen ermöglichen, sich zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln, die aktiv am politischen Leben teilnehmen und ihren persönlichen Beitrag leisten können²⁴.

Im Bereich der beruflichen Grundbildung ist der Bund verantwortlich, wobei der Vollzug den Kantonen übertragen ist. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hat gestützt auf die Berufsbildungsverordnung Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung erlassen und einen Rahmenlehrplan für die Allgemeinbildung²⁵ publiziert. Unter dem Aspekt «Politik» auf Seite 15 steht folgendes:

«Die Ergebnisse und Umsetzungen der politischen Entscheidungen bestimmen die Zukunft unserer Gesellschaft. Da in erster Linie die Lernenden von dieser Zukunft betroffen sein werden, müssen sie in der Lage sein, sich politisch zu beteiligen.»

Unter anderem auf dieser Aussage basieren verschiedene Bildungsziele, die im Rahmen des allgemeinbildenden Unterrichts an den Berufsschulen vermittelt werden sollen. Die Art und Weise der Umsetzung bleibt jedoch den einzelnen Berufsschulen überlassen. Am Beispiel der kaufmännischen Grundbildung lässt sich feststellen, dass die Bildungsinhalte in integrierter Form, d.h. innerhalb etablierter Fächer vermittelt werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es einen übergreifenden Rahmenlehrplan mit konkreten Bildungszielen im Bereich Politik gibt, die Umsetzung jedoch unterschiedlich erfolgt. Darüber hinaus gibt es zahlreiche fächerübergreifende Aktivitäten, die ausserhalb des regulären Unterrichts stattfinden, von Lehrkräften verschiedener Fächer angeboten werden und gut in den lokalen Kontext der Schule integriert sind.²⁶

4.1.3 Tertiärstufe

Zur Tertiärstufe gehören u.a. die Eidgenössische Technische Hochschule (ETH), die Universitäten, alle Fachhochschulen und höheren Fachschulen. Die Angebote sind auf die berufsspezifische Aus- und Weiterbildung ausgerichtet und haben daher oft keine allgemeinbildenden Inhalte im Sinne der politischen Bildung. Dennoch kommt der Tertiärstufe zusammen mit der Forschung eine grosse Bedeutung zu, zumal auf dieser Stufe die

²⁴ [Rahmenlehrplan für Maturitätsschulen vom 9. Juni 1994](#), 12.

²⁵ Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT (Hrsg.) (2003). [Berufliche Grundbildung. Rahmenlehrplan für den allgemeinbildenden Unterricht](#). Bern.

²⁶ Bundesrat (2021) (vgl. Fussnote 5)

Ausbildung der Lehrpersonen erfolgt, die später die politische Bildung vermitteln, und die Forschung gleichzeitig wichtige Erkenntnisse für die Bildung und Entwicklung generiert.

4.1.4 Ausserschulische Bildung

Die ausserschulische politische Bildung ist in der Schweiz dezentralisiert und geprägt von einer Vielfalt von Angeboten. Die häufig von der Zivilgesellschaft geschaffenen Angebote ergänzen die staatlichen oder ersetzen diese wo keine vorhanden sind. Die Akteure in diesem Bereich werden unter bestimmten Voraussetzungen gestützt auf das Gesetz über die Förderung der ausserschulischen Kinder- und Jugendarbeit (KJFG; [SR 446.1](#)) vom Bund mitfinanziert und unterstützt²⁷. Es handelt sich vielfach um Partizipationsprojekte, die im Rahmen der erwähnten Fördermittel unterstützt werden, sofern diese Projekte von gesamtschweizerischer Bedeutung sind und in besonderer Weise die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Entwicklung und Umsetzung des Projekts fördern. Ähnliche oder zusätzliche Förderinstrumente gibt es auch auf Ebene der Kantone und Gemeinden.

4.2 Aktuelles zur politischen Bildung in der Schweiz

4.2.1 Laufende Bestrebungen in der Schweiz

Im November 2018 hat der Bundesrat seinen Bericht «Politische Bildung in der Schweiz – Gesamtschau»²⁸ gestützt auf das Postulat Caroni ([16.4095](#)) veröffentlicht. Darin hält er fest, dass es in der Bildungslandschaft Schweiz zahlreiche Angebote und Aktivitäten gibt, die zur politischen Bildung beitragen. Die Weiterentwicklung soll im bewährten Rahmen und unter Wahrung der Zuständigkeiten erfolgen, ohne dass in die Autonomie der einzelnen Akteure eingegriffen wird. Es wurde in Aussicht gestellt, dass in regelmässigen Abständen eine Dokumentation über verschiedene Aktivitäten im Bereich der politischen Bildung erstellt werden soll.

Dieser in Aussicht gestellte Bericht²⁹ wurde schliesslich im November 2021 vom SBFI publiziert. In diesem Dokument werden nicht nur einzelne Praxisbeispiele vorgestellt, sondern auch auf Bestrebungen der letzten Jahre hingewiesen. Es wird unter anderem darauf verwiesen, dass der Bundesrat in seiner Legislaturplanung 2021–2023³⁰ ein zusätzliches Ziel zur politischen Bildung verabschiedete, wonach es vorgesehen ist, eine Botschaft zu diesem Thema dem Parlament zu unterbreiten. Ausserdem wird erwähnt, dass im Rahmen der gemeinsamen bildungspolitischen Ziele der Kantone eine Erklärung abgegeben wurde, die Bildung für nachhaltige Entwicklung und die politische Bildung zu stärken.

²⁷ Bundesrat (2018). *Politische Bildung in der Schweiz – Gesamtschau. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 16.4095, Andrea Caroni vom 15.12.2016*. Bern: SBF, November.

²⁸ Ebd.

²⁹ Bundesrat (2021) (vgl. Fussnote 5)

³⁰ Schweizerische Eidgenossenschaft. *Bundesbeschluss über die Legislaturplanung 2019–2023 vom 21. September 2020*. Bundeskanzlei, <https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/dokumentation/fuehrungsunterstuetzung/legislaturplanung.html> (konsultiert am 11.4.2023).

Daneben laufen weitere Projekte wie die Überarbeitung des Rahmenlehrplans Allgemeinbildung der beruflichen Grundbildung («Allgemeinbildung 2030»)³¹ sowie die Weiterentwicklung der gymnasialen Matura (matu2023)³². Das erklärte Ziel des ersteren Projekts ist die Überprüfung der in die Jahre gekommenen Verordnung über die Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung. Konkret dient dieser Prozess dazu, unter anderem die politische Bildung im Rahmen der Allgemeinbildung zu stärken. Beim Projekt «matu2023» sollen auch die Richtlinien zur politischen Bildung einer Überarbeitung unterzogen werden.

Die Anny-Klawa-Morf-Stiftung hat 2020 eine Studie publiziert, welche die Akteurs- und Angebotslandschaft systematisch analysierte³³. Dafür wurden 100 Angebote unterschiedlicher privater und staatlicher Organisationen berücksichtigt. Es hat sich gezeigt, dass die Angebotslandschaft sehr divers ist und grundsätzlich allen Zielgruppen offensteht, dennoch sind gerade in Randregionen häufig weniger Angebote anzutreffen. In Sachen Finanzierung fällt es insbesondere den nicht-staatlichen und kleinen Angeboten schwer, zusätzliche Mittel oder Fördergelder zu erschliessen, welche über eine Anschubfinanzierung beispielsweise durch eine Stiftung hinausgehen. So rät die Studie, dass auch Bevölkerungsschichten mit wenig Zugang zu Bildung angesprochen werden sollten (Niederschwelligkeit, einfache Sprache, kostenlos usw.), dass zusätzliche finanzielle Fördermittel in eher ländlichen Gebieten zur Verfügung gestellt und Projekte in solchen Regionen gezielt auch organisatorisch unterstützt werden sollten und dass Angebote vor allem Fähigkeiten und Einstellungen fördern sollten anstatt auf reine Wissensvermittlung zu setzen.

Im Juni 2021 fand in Biel die von alt Ständeratspräsident Hans Stöckli initiierte Fachtagung «En Route» statt. Anlässlich dieser Veranstaltung wurde die Erklärung von Biel³⁴ zur Stärkung der politischen Bildung erarbeitet. Es zeigt sich, dass auf politischer Ebene unter Mitwirkung zahlreicher Interessierter, Fachpersonen und Politikerinnen und Politikern nach Massnahmen gesucht wird, welche zu einer Stärkung der politischen Bildung beitragen. Wesentliche Forderungen dieses Bieler-Manifests sind die Bekräftigung, dass politische Bildung nicht nur Wissensvermittlung sein soll, dass politische Bildung einen öffentlichen Diskurs braucht, dass sie auf Schulstufe verankert werden muss, und dass die Lehrkräfte entsprechend aus- und weitergebildet werden müssen.

Die EKKJ hat 2021 eine Studie zur politischen Partizipation in Auftrag gegeben³⁵. In einem partizipativen Forschungsdesign wurde untersucht, welche politischen Partizipationsformen Jugendliche und junge Erwachsene von 12 bis 27 Jahren nutzen, was sie zur politischen Partizipation motiviert, was sie daran hindert und wo sie Veränderungspotential sehen. Die Studienresultate wurden im November 2022 veröffentlicht. Bezüglich der politischen Bildung zeigt sich, dass sich die befragten jungen Menschen eine frühe und einheitliche politische Bildung wünschen. Die EKKJ hat basierend auf den Studienergebnissen Empfehlungen

³¹ Berufsbildung 2030, <https://berufsbildung2030.ch/de/21-projekte-de/67-allgemeinbildung-2030> (konsultiert am 11.4.2023)

³² matu2023, <https://matu2023.ch/de/> (konsultiert am 11.4.2023)

³³ Zamora et al. 2020. (vgl. Fussnote 10)

³⁴ [Erklärung von Biel](#), 26.6.2021

³⁵ Nef et al. (2022) (vgl. Fussnote 14)

formuliert.³⁶ Für die Förderung der politischen Partizipation erachtet sie es als wichtig, die politische Bildung in der Schule zu stärken. Dabei liegt der Fokus nicht nur auf dem Wissen, sondern auch auf den Kompetenzen und dem Schaffen von Lernräumen für politische Partizipation, in der die jungen Menschen die notwendigen Selbstwirksamkeitserfahrungen machen können. Auch ausserhalb der Schule können ernsthafte, wirkungsvolle Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden. Wichtig ist es dabei, die Lebenswelt der jungen Menschen zu beachten, sie dort abzuholen, wo sie sind. Auf diese Weise kann das politische Interesse geweckt werden, das Voraussetzung für eine Partizipation ist.

Die politische Bildung ist immer wieder Gegenstand parlamentarischer Vorstösse³⁷. Diese Vorstösse waren aber in der Vergangenheit selten erfolgreich³⁸. Dies lässt die Vermutung zu, dass zumindest mehrheitlich die nationalen Räte keinen Reformbedarf im Bereich der politischen Bildung sehen.

Forderungen EKKJ – Situation in der Schweiz

- Die politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen in formalen und non-formalen Kontexten muss auf allen drei föderalen Ebenen (Bund, Kantone, Gemeinden) gefördert werden.
- Die verschiedenen Bemühungen der Politik (Bundesrätliche Botschaft, Bieler Manifest, usw.) sollen aufeinander abgestimmt werden und damit die politische Bildung nachhaltig stärken.
- Es sollte auf überparteilich getragene Massnahmen zur Förderung der politischen Bildung hingearbeitet werden.
- Die bestehenden Gesamtüberblicke sollen dazu dienen, Angebotslücken zu identifizieren und zu schliessen.

5 Handlungsfelder

Innerhalb der drei Formen der politischen Bildung lassen sich unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten identifizieren. Die folgende Darstellung zeigt, in welchen Bereichen weiterer Handlungsbedarf besteht, aber auch, wo die Situation aus heutiger Sicht bereits zufriedenstellend bzw. ausreichend ist.

³⁶ Die Empfehlungen wurden auf den Ergebnissen der Studie erarbeitet und im Juni 2023 unter <https://ekkj.admin.ch/themen/politische-bildung> publiziert.

³⁷ Vgl. Curia Vista des Schweizer Parlaments, <https://www.parlament.ch/de/suche#k=politische%20Bildung>.

³⁸ Stadelmann-Steffen et al. (2015) (vgl. Fussnote 11)

5.1 Formale Bildung

Die formale politische Bildung ist aufgrund ihrer gesetzlichen Verankerung und ihrer gesellschaftlichen Relevanz ein sehr wichtiges Element. Sie bietet ein grosses Potenzial, die politische Bildung als Ganzes nachhaltig zu stärken.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Legitimation politischer Bildung auf schulischer Ebene (Primarschule und Sekundarstufe II) ist grundsätzlich gegeben. Die UNO-Kinderrechtskonvention, die Bundesverfassung oder das Berufsbildungsgesetz nehmen explizit Bezug auf die politische Bildung. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die politische Bildung sind in der Schweiz gegeben.

Die eingereichten parlamentarischen Vorstösse zeigen, dass zumindest aus Sicht einiger Politikerinnen und Politiker Handlungsbedarf in der Bundesgesetzgebung besteht, um die Rahmenbedingungen im Bereich der politischen Bildung, der Bildung für Nachhaltige Entwicklung und der Lehrerinnen- und Lehrerbildung sowie im Bereich der Berufsbildung zu verbessern.

Es wäre aus Sicht der EKKJ sinnvoll zu evaluieren, ob und inwiefern die in den Lehrplänen formulierten Ziele der politischen Bildung erreicht werden. Im Bereich des Berufsbildungsgesetzes wäre allenfalls eine Evaluation zu prüfen.

(Rahmen-)Lehrpläne: Inhaltliche Zielvorgaben

Aufgrund einer im Jahr 2015 durchgeführten Lehrplananalyse auf Sekundarstufe II kann festgehalten werden, dass die meisten Lehrpläne konkrete Ziele für die politische Bildung enthalten. Es fällt auf, dass die Dimension des Interesse-Weckens im Gegensatz zum Vermitteln von Wissen und Fertigkeiten nur unzureichend berücksichtigt wird³⁹. Dieselbe Studie zeigt auf, dass politische Bildungsinhalte in Lehrplänen der Berufsbildung wesentlich präziser formuliert sind als diejenigen der Maturitätsschulen, und dass den Rahmenlehrplänen eine wichtige Bedeutung zukommt.

Aufgrund dieser Erkenntnisse ist die Überarbeitung und Weiterentwicklung der (Rahmen-) Lehrpläne im Rahmen der aufgelisteten Projekte «Berufsbildung 2030» und «matu2023» auf der Sekundarstufe II zu unterstützen und voranzutreiben, damit die Bildungsziele im Bereich der Politischen Bildung weiter konkretisiert und die drei Dimensionen «Wissen», «Können» und «Interesse wecken» gleichwertig und konsequent in den Unterricht integriert werden.

Eine Harmonisierung der Bildungsinhalte über alle Kantone und Bildungsstufen ist aufgrund der übergeordneten gesellschaftlichen Bedeutung politischer Bildung sinnvoll. Allenfalls kann die von der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit initiierte Fachkonferenz Citoyenneté⁴⁰ zu einer interkantonalen Koordination verhelfen, sodass unter Wahrung der

³⁹ Stadelmann-Steffen et al. (2015) (vgl. Fussnote 11)

⁴⁰ <https://chstiftung.ch/programme-projekte/fachkonferenz-citoyennete> (konsultiert am 11.4.2023)

jeweiligen Zuständigkeiten und des Föderalismus eine Vereinheitlichung der politischen Bildung von der Primar- bis zur Sekundarstufe II erreicht wird.

Bei der Erarbeitung des Deutschschweizer Lehrplans kam der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) ein erhebliches Gewicht zu. Wesentlicher Grund dafür ist das Vorhandensein der Stiftung *éducation21*, die mit öffentlichen Ressourcen Hilfestellungen anbietet, für das Thema sensibilisiert und Interessensvertretung für nachhaltige Entwicklung wahrnimmt. Für die politische Bildung fehlt eine entsprechende Organisation, die Erfahrung und politisches Gewicht mitbringen würde, um die Interessen der politischen Bildung an den geeigneten Stellen zu vertreten⁴¹. Es dürfte sich lohnen, nach Möglichkeiten zu suchen, wie die Interessensvertretung und Wissensvermittlung der politischen Bildung ähnlich den Aktivitäten zur BNE organisiert und strukturiert werden könnte. In anderen Ländern wie Deutschland oder Österreich werden eigens geschaffene Zentralen für politische Bildung^{42,43} eingesetzt.

Umsetzung der politischen Bildung

Die Umsetzung der politischen Bildung im Unterricht unterscheidet sich von Kanton zu Kanton. Politische Bildung kann wie beispielsweise im Aargau, Basel Stadt und Tessin als eigenes Fach oder wie in den übrigen Kantonen fächerübergreifend unterrichtet werden. Ob politische Bildung als eigenes Fach oder fächerübergreifend unterrichtet wird, scheint eine nachrangige Frage zu sein, so lange der politischen Bildung der nötige Stellenwert im Unterricht gegeben wird. Wenn Politik als Fach unterrichtet wird, ist darauf zu achten, dass auch in den übrigen schulischen Fächer mit Politik zusammenhängende Inhalte vermittelt werden⁴⁴.

Wesentlich für die Umsetzung ist, dass die Lehrkräfte ausreichend qualifiziert sind, um politische Bildung zu vermitteln. In der Ausbildung von Lehrpersonen hatte die politische Bildung und die Politikdidaktik lange Zeit keinen hohen Stellenwert in der Schweiz⁴⁵. Um diese zukünftig sicherzustellen, sind entsprechende Ressourcen und Kompetenzen an den Pädagogischen Hochschulen sicherzustellen.

Die Rolle der Lehrpersonen ist von besonderer Bedeutung, wenn es um die Umsetzung der Bildungsinhalte politischer Bildung geht. Damit die Vermittlung politischer Bildung nicht vom Interesse der Lehrpersonen abhängt, können Aus- und Weiterbildung, aber auch Sensibilisierung eine begünstigende Wirkung auf eine umfassende politische Bildung haben. Die Angst vor Indoktrination hält sich nach wie vor, weshalb ein allgemeines Bekenntnis von Politik, Schule und Lehrpersonen zum Beutelsbacher Konsens^{46,47} ein Schritt wäre, diese Angst abzubauen.

⁴¹ Graf, Christian; Gollob, Rolf. *Politische Bildung in der Schweiz*. In: ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 31 (2008) 3, 21–25.

⁴² Bundeszentrale für Politische Bildung (Deutschland), <https://www.bpb.de/>

⁴³ österreichische gesellschaft für politische bildung, <https://www.politischebildung.at/>

⁴⁴ GPJE (2004). 9 (vgl. Fussnote 6)

⁴⁵ Reinhardt (2010). 212 (vgl. Fussnote 22)

⁴⁶ Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/> (konsultiert am 11.4.2023)

⁴⁷ Politische Bildung-Tools, <https://pb-tools.ch/beutelsbacher-konsens/> (konsultiert am 11.4.2023)

Forschung zur Wirksamkeit der politischen Bildung

Das Messen der nachhaltigen Wirksamkeit von formaler Bildung ist anspruchsvoll. Im Rahmen der ICCS – International Civic and Citizenship Education Study wurde diese für die Wirksamkeit von politischer Bildung länderübergreifend untersucht. Die Schweiz schnitt bei der ersten Erhebung 2009 insgesamt leicht über dem Durchschnitt ab⁴⁸. Aus dieser Erhebung wurde eine Reihe von Massnahmen formuliert. Beispielsweise sollten Schulen Raum und Möglichkeiten schaffen, politische Kompetenzen ausserhalb eines schulischen Leistungsdrucks zu erlernen. Diese Massnahme deckt sich auch mit dem Bedürfnis der Jugendlichen in der Untersuchung der EKKJ⁴⁹. An den beiden folgenden Erhebungen des ICCS 2016 und 2022 nahm die Schweiz nicht mehr teil. Dies sieht die EKKJ als eine verpasste Chance, die Wirksamkeit der politischen Bildung zu messen.

Eine Betrachtung verschiedener wissenschaftlichen Arbeiten durch die Anny-Klawa-Morf-Stiftung kommt zu einer pessimistischen Einschätzung der Wirksamkeit der politischen Bildung in der Schweiz. Die Autorinnen und der Autor der Studie stellen fest, dass «die Teilnahme am politischen Unterricht in Schweizer Schulen kaum Auswirkungen auf das Partizipationsverhalten von jungen Erwachsenen hat und sich teilweise sogar partizipationshemmend auswirkt»⁵⁰. Die EKKJ ist von dem Potential der politischen Bildung überzeugt. Um dieses zu erschliessen sind die Zusammenhänge weiter zu untersuchen, um klarere Aussagen über die Wirkungsweise der politischen Bildung auf die Beteiligung am politischen und gesellschaftlichen Leben machen zu können. Die Erkenntnisse daraus müssen dazu genutzt werden, die politische Bildung zu verbessern.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Für eine wirksame politische Bildung braucht es gesetzliche Grundlagen, eine entsprechende Priorität in den Lehrplänen und vor allem gut ausgebildete Lehrpersonen. Eine kontinuierliche Überprüfung der Wirksamkeit der politischen Bildung ist notwendig, um allfällige Schwachstellen zu beheben. Zu diesem Zweck können die in den sprachregionalen Lehrplänen vorgesehenen Kompetenzen und Inhalte überprüft werden.

⁴⁸ Biedermann, Horst; Oser, Fritz; Konstantinidou, Liana; Widorski, Dagmar (2010). *ICCS – International Civic and Citizenship Education Study. Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von morgen: Zur Wirksamkeit politischer Bildung in der Schweiz. Ein Vergleich mit 37 anderen Ländern*. Fribourg: Universität Fribourg.

⁴⁹ Nef et al. (2022), 73 (vgl. Fussnote 14)

⁵⁰ Zamora et al. (2020). 9 (vgl. Fussnote 10)

Forderungen EKKJ – formale Bildung

- Politische Bildung soll unabhängig von Schule oder Lehrperson allen Kindern und Jugendlichen vermittelt werden.
- Für eine möglichst weitgehende Harmonisierung der politischen Bildung und ihrer Ziele und Standards ist die Zusammenarbeit der Kantone als Schulträger wichtig.
- Der Aufbau eines nationalen Kompetenzzentrums für politische Bildung kann die Weiterentwicklung durch Wissenstransfer, Support und Interessenvertretung unterstützen.
- Bestehenden Befürchtungen, dass politische Bildung zur Indoktrination missbraucht wird, sollte durch ein klares Bekenntnis zum Beutelsbacher Konsens begegnet werden. Damit wird die Rolle der Lehrpersonen gestärkt und abgesichert.
- Politische Bildung soll auch in der Lehreraus- und -weiterbildung gestärkt werden. Es ist sicherzustellen, dass Politische Bildung integraler Bestandteil der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften ist.
- Lehrpersonen und Schulen sollen mit der Bereitstellung von Hilfsmitteln (Handreichungen, «best practice» etc.) in der Weiterentwicklung ihrer politischen Bildung unterstützt werden.
- In der Lehrerinnen- und Lehrerbildung muss der politischen Bildung der nötige Platz eingeräumt werden. Dazu müssen an den Pädagogischen Hochschulen entsprechende Ressourcen und Kompetenzen vorhanden sein.

5.2 Non-formale Bildung

Non-formale politische Bildung passiert häufig in Angeboten, die auf ehrenamtlicher Basis entwickelt und durchgeführt werden. Vor diesem Hintergrund beschränken sich die Handlungsfelder vor allem auf die Finanzierung und die Rahmenbedingungen, die solche Angebote fördern.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Im Rahmen des KJFG werden innovative und partizipative Formen und Projekte der offenen ausserschulischen und verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit mit Finanzhilfen unterstützt. In den Genuss von Finanzhilfen kommen Organisationen wie das Netzwerk Kinderrechte Schweiz, der Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ), der Campus für Demokratie, die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV), die Pfadibewegung Schweiz, die nationalen Jungparteien und weitere Organisationen. Bei den begünstigten Organisationen handelt es sich häufig um Partizipationsangebote, die auch eine politische Bildungskomponente enthalten (z.B. Jugendsessionen oder Jugendparlamente).

Finanzierung von non-formalen Angeboten

Der Bund fördert im Rahmen des KJFG gezielt Projekte und Organisationen der offenen ausserschulischen Kinder- und Jugendarbeit, womit indirekt auch die non-formale politische Bildung gestärkt bzw. unterstützt wird. Auch auf kantonaler und kommunaler Ebene werden Vereine, Organisationen und Angebote, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten (z.B. Sportvereine, kantonale Jugendsessionen, Jugendarbeit etc.) finanziell unterstützt. Die

gesetzlichen Grundlagen für solche Finanzhilfen und damit die Voraussetzungen sind sehr unterschiedlich. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Angebote der non-formalen politischen Bildung in der Regel staatlich oder teilweise staatlich und teilweise privat finanziert werden⁵¹. Eine Finanzierung ausschliesslich über Teilnahmegebühren ist nicht üblich. Im Sinne der Erreichbarkeit ist eine möglichst kostengünstige oder idealerweise kostenlose Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an solchen Angeboten zu begrüssen. Für ein attraktives Angebot der non-formalen politischen Bildung ist daher auch in Zukunft eine ausreichende öffentliche und auch private Finanzierung zentral.

Grosse Unterschiede bestehen im Bereich der Finanzierung von ausserschulischen Anbietern, deren Angebote sich oft an Schulen richten (z.B. easyvote-school, Discuss-It). Finden solche Angebote im Rahmen des regulären Schulunterrichts statt, können diese Projekte keine finanziellen Beiträge im Rahmen des KJFG beanspruchen. Wird das gleiche Angebot ausserhalb der Schule angeboten, sind Finanzhilfen möglich (vgl. 21.4417 Mo. Roth Pasquier). Aufgrund der subsidiären Finanzierung im Kinder- und Jugendbereich wären auf der Basis der heutigen Gesetzgebung vor allem die Kantone in der Pflicht, kantonale und lokale Angebote im Bereich der non-formalen politischen Bildung finanziell zu unterstützen.

Zugänglichkeit der Angebote

Für die EKKJ ist es ein Ziel, dass die gesamte jugendliche Bevölkerung Zugang zu qualitativ hochstehenden Angeboten der politischen Bildung hat. Dazu gibt es noch Potenzial in der Adressierung der Angebote, das offensichtlich nicht ausgeschöpft wird. So sollten die Angebote Bevölkerungsschichten ansprechen, die wenig Zugang zu Bildung haben. Dazu müssen die Themen zielgruppengerecht aufbereitet und der Zugang niedrigschwellig gestaltet werden. Das bedeutet, dass die Angebote in verständlicher Sprache kommuniziert werden, für die Teilnehmenden kostenlos sind und möglichst geringe Zugangshürden bestehen.

Ein weiteres Potenzial zeigt sich in peripheren Regionen. Derzeit gibt es ausserhalb der Ballungszentren weniger Angebote der politischen Bildung. Es ist wichtig, dass es in allen Landesteilen und Sprachregionen der Schweiz gleichwertige Angebote der politischen Bildung gibt. Eine gezielte Förderung könnte neben der Schaffung neuer Angebote auch durch den Transfer von andernorts bereits erfolgreichen Projekten oder durch finanzielle Unterstützung erfolgen.

⁵¹ Zamora et al. (2020). 14 (vgl. Fussnote 10)

Forderungen EKKJ – non-formale Bildung

- Bereits existierende Förderinstrumente auf allen Ebenen (Bund, Kanton, Gemeinden) sollen bekannt gemacht und bei Bedarf ergänzt werden.
- Finanzierungslücken wie z.B. bei non-formalen Angeboten, die während der Schulzeit stattfinden, sind zu schliessen.
- Das politische Handeln junger Menschen wird noch immer zu wenig anerkannt. Das ehrenamtliche Engagement von Kindern und Jugendlichen im non-formalen und im informellen Bereich soll unterstützt werden.
- Der Zugang zu Angeboten der politischen Bildung muss niederschwellig sein und es ist wichtig, dass in allen Regionen der Schweiz Angebote vorhanden sind. Deshalb ist insbesondere ein Angebotsausbau in Randregionen notwendig.

5.3 Informelle Bildung

Die Handlungsfelder im Bereich der informellen Bildung sind eingeschränkt, zumal diese Form der politischen Bildung weder institutionalisiert vermittelt wird noch strukturiert erfolgt. Schlussendlich kommt der informellen Bildung dennoch eine wichtige Bedeutung in der politischen Bildung zu. Gerade der familiäre Kontext (Herkunft, soziale Stellung, beruflicher Hintergrund usw.) hat einen wesentlichen Einfluss auf das politische Wissen und Verstehen von Schülerinnen und Schülern⁵². Berührungspunkte mit Politik im familiären Umfeld sind demzufolge von hoher Relevanz. Es kann in diesem Bereich mit gesamtgesellschaftlicher oder zielgruppenspezifischer Sensibilisierung der Bevölkerung für demokratiepolitischen Themen Einfluss genommen werden. Auch freiwillige Engagements sind gesellschaftlich wichtig und stärken die politische Bildung nachhaltig.

Aus Sicht der EKKJ kann im Bereich der informellen Bildung am meisten erreicht werden, indem das freiwillige zivilgesellschaftliche Engagement in Vereinen, Parteien, Organisationen im Kinder- und Jugendbereich mehr Anerkennung und Unterstützung entgegengebracht wird.

6 Fazit

Die EKKJ ist von der Bedeutung der politischen Bildung für eine demokratische Gesellschaft überzeugt. Das Wissen über Demokratie und das politische System und das Verfügen über die notwendigen Kompetenzen können zu mehr gesellschaftlichem Engagement führen.

Heute bilden die sprachregionalen Lehrpläne in der Schweiz eine gute Grundlage für eine wirksame politische Bildung in der Schule. Insbesondere in der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen kann die politische Bildung noch weiter gefördert werden.

⁵² Biedermann et al. (2010). 83. (vgl. Fussnote 48)

Non-formale Bildungsangebote spielen eine wichtige Rolle in der politischen Bildungslandschaft der Schweiz. Dort muss es darum gehen, die Hürden für die Teilnahme an solchen Angeboten zu senken. Dafür ist eine gesicherte Finanzierung unabdingbar.

Schliesslich erscheint es der EKKJ auch zentral, die vielfältigen Formen des politischen Engagements von Kindern und Jugendlichen anzuerkennen, um das Engagement junger Menschen langfristig zu stärken.

Impressum

Herausgeberin

Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ

Redaktion

Nicola Stocker, Urs Joller (Mitglieder der EKKJ)

Arbeitsgruppe Politische Partizipation und Politische Bildung

Valentina Darbellay, Annina Grob, Urs Joller, Damien Richard, Mirjam Rotzler, Nicola Stocker, Marlen Elmiger

Auskünfte

Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ

c/o Bundesamt für Sozialversicherungen

Effingerstrasse 20, CH-3003 Bern

Tel. +41 58 462 92 26

E-Mail: ekkj-cfej@bsv.admin.ch

www.ekkj.ch

Bern, August 2023